

Zinssorgen belasten Börsen, Pflegestudium soll attraktiver werden, Gemeinsamer Strommarkt in Europa

Zinssorgen belasten Börsen

Zunehmend lassen die hohen Zinsen sowie die weiter gefährliche Lage im Nahen Osten die Zuversicht der Anleger am deutschen Aktienmarkt schwinden. Am Donnerstag (19.10.2023) rutschte der Dax erstmals seit Anfang Oktober 2023 wieder unter 15.000 Punkte. Zum Handelsschluss stand er mit 15.045 Punkten wieder darüber, dies war ein Minus von 0,33 Prozent zum Vortag. Für den MDax der mittelgroßen Unternehmen ging es um 1,07 Prozent auf 24.437 Punkte nach unten. Der Krieg zwischen Hamas und Israel lastet weiter auf der Stimmung. Mehr dazu [hier](#). ([Manager Magazin](#))

Pflegestudium soll attraktiver werden

Für die gesamte Dauer ihres Studiums sollen Pflege-Studierende künftig eine „angemessene Vergütung“ erhalten. Dies beschloss der Bundestag am Donnerstag (19.10.2023). Zudem sollen Pflege-Abschlüsse aus dem Ausland leichter anerkannt werden, um ausländische Fachkräfte eine Beschäftigung zu ermöglichen. Mit dem Pflegestudiumsstärkungsgesetz will die Ampelregierung die Arbeit in der Pflegebranche attraktiver machen. Der Gesetzesentwurf wurde mit der Mehrheit der Ampelkoalition angenommen. Die Pflegebranche leidet unter akutem Fachkräftemangel. Verbände beklagen, viele Heime müssten Pflegebedürftige trotz leerer Betten abweisen, weil sie die Personalschlüssel nicht einhalten können. ([Spiegel Online](#))

Gemeinsamer Strommarkt in Europa

Am Dienstag (17.10.2023) haben sich die Energieminister der Europäischen Union auf die umstrittene Reform des gemeinsamen Strommarkts geeinigt. Mit der Reform soll der Strompreis unabhängiger vom Gaspreis werden. Er war wegen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine massiv gestiegen. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck begrüßte es, dass sich die EU-Länder auf eine gemeinsame Position einigen konnten. *„Die Einigung verbessert den Zugang von Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie Industrie zu günstigen Strompreisen in ganz Europa“*, so Habeck. Die Mitgliedsstaaten müssen nun einen gemeinsamen Gesetzestext mit dem Europaparlament aushandeln. ([Der Tagesspiegel](#))